PB.Z-01-581-2

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	KV Rosenheim
Beschlussdatum:	14.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 581 bis 584:
~~Menschen, die in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Dazu sollen Prostitutionsstätten strenger kontrolliert werden und in Zukunft einer Erlaubnispflicht unterliegen. Außerdem wollen wir Beratungsangebote ausbauen und finanziell unterstützen.~~Menschen, die gezwungen werden in der Prostitution arbeiten, brauchen Rechte und Schutz. Deshalb fordern wir ein Verbot der Prostitution nach dem schwedischen Modell mit einer konsequenten Verfolgung und Bestrafung der Freier. Außerdem wollen wir die Entkriminalisierung von Prostituierten und eine bundesweite Ausstiegspolitik mit Programmen, die Schutz, Hilfe und solzio-ökonomische Unterstützung für die Opfer von Prostitution und Menschenhandel anbieten. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir

Begründung

Deutschland verstößt mit seiner liberalen Prostitutionspolitik gegen viele internationale Abkommen.

Schon die Resolution der UN Generalversammlung von 1949 erklärt:

„Die Prostitution und das sie begleitende Übel des Menschenhandels sind mit der Würde und dem Wert des Menschen unvereinbar“ Deshalb fordert die Resolution : …jede Person, die eine andere Person, selbst mit deren Einwilligung, zu Zwecken der Prostitution beschafft, sie dazu verleitet oder verführt“ oder „ die Prostitution einer anderen Person, selbst mit deren Einwilligung ausnutzt ist zu bestrafen“.

2014 hat das Europa-Parlament mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit erklärt, dass, „nicht nur Zwangsprostitution, sondern auch freiwillige sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung die Menschenrechte und die Würde des Menschen verletzt“. Prostitution ist mit der Geleichstellung der Geschlechter nicht vereinbar. Ein Jahr später schloss sich der Europarat dem EU-Parlament an und empfahl den EU-Mitgliedstaaten das so genannte Schwedische oder Nordische Modell, sprich Strafen für Freier. Entkriminalisierung und Ausstiegshilfen für Prostituierte einzuführen.

Seit der fatalen Einführung des Gesetzes von 2002, das die Prostitution liberalisiert und legalisiert hat, ist Deutschland zur Drehscheibe des weltweiten Menschenhandels geworden. Prostitution und damit auch die Zwangsprostitution sind gesellschaftsfähig geworden. Dadurch wird das Frauenbild geprägt. Ständige Verfügbarkeit und das Ausüben von Macht und Gewalt gegenüber Frauen wird zur Alltäglichkeit. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen bedeutet das Einführen des nordischen Modells, wie es auch schon in Frankreich, Spanien, Island, Schweden, Nordirland. und Norwegen praktiziert wird. Die Grünen haben damals dieses Gesetz mit auf den Weg gebracht und auch bisher die Einführung des nordischen Modells blockiert. Es ist an der Zeit endlich diesen Fehler einzusehen und diesem Grauen ein Ende zu machen.